# RESSORTBERICHT

**Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler**

*Im Berichtsjahr konnten mehrere Rechtsetzungsprojekte, die für den Finanzplatz von zentraler Bedeutung sind, zum Abschluss gebracht oder vorangetrieben werden. Zum einen betrifft dies die Schaffung eines Marktmissbrauchsgesetzes und zum anderen die erste Teilumsetzung von Basel II im Bankengesetz sowie in der Banken- und Eigenmittelverordnung. Im Weiteren wurde eine Gesetzesvorlage betreffend die Besteuerung von Investmentunternehmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit des Fondsplatzes zusätzlich erhöht, ausgearbeitet und in den Landtag eingebracht. Die Gesetzesänderung konnte noch im Berichtsjahr in Kraft gesetzt werden. Daneben hat die Regierung einen Entwurf für ein total revidiertes Prospektgesetz in die Vernehmlassung gegeben.*

*Mit der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzeptes für eine Steuerrechtsrevision hat die Regierung ein bedeutsames Reformvorhaben für den Finanz- und Wirtschaftsplatz Liechtenstein eingeleitet.*

## Finanzplatz

Ende Oktober 2006 hat die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Steuerrechtsrevision eingesetzt. Das liechtensteinische Steuerrecht hat seit längerer Zeit nur punktuelle Änderungen erfahren. Eine umfassende Reform des nationalen Steuerrechts konnte nicht verwirklicht werden; so hat das liechtensteinische Stimmvolk im Jahre 1990 eine Totalrevision des Steuergesetzes abgelehnt. Die nunmehr eingesetzte Arbeitsgruppe wurde von der Regierung beauftragt, ein Reformkonzept für eine Steuerrechtsreform vorzulegen, das folgenden Grundsätzen Rechnung trägt: Steuergerechtigkeit und Steuertradition, Einfachheit und Transparenz, Internationale Kompatibilität, Internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität, Aufkommensneutralität, Entscheidungsneutralität sowie europarechtliche Konformität. In einem ersten Schritt hat die Arbeitsgruppe eine Tax Road Map zuhanden der Regierung erstellt.

Ebenfalls im Oktober 2006 setzte die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Assessment des Finanzplatzes Liechtenstein durch den Internationalen Währungsfonds, welches im Frühjahr 2007 stattfinden wird, ein.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres teilte das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung der liechtensteinische Mission in Brüssel mit, dass seitens der EU der Wunsch bestehe, ein Betrugsabkommen mit Liechtenstein abzuschliessen. Im November 2006 verabschiedete der ECOFIN sodann ein Verhandlungsmandat für ein Betrugsabkommen mit Liechtenstein. Seitens der Regierung wurde noch kein Verhandlungsmandat erlassen.

Am 5. und 6. Oktober 2006 fand die dritte Ausgabe des international ausgerichteten Liechtenstein Dialogs statt. Das diesjährige Dialogforum war dem Thema «Global risks and investor confidence» gewidmet. 19 Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland, darunter der luxemburgische Aussenminister, beleuchteten das Thema aus den Perspektiven der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Im Mittelpunkt der Diskussionen stand insbesondere die Fragestellung, wie globale Risiken bewältigt werden können und Anlegervertrauen langfristig gewonnen werden kann.

Im Berichtsjahr wurden schliesslich die Zusammenarbeitsvereinbarungen der Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) mit der FIU von Chile und Rumänien durch die Regierung genehmigt.

## Gesetzgebung

Im Berichtsjahr konnten wichtige Rechtsetzungsprojekte, wie das Marktmissbrauchsgesetz oder die Teilumsetzung von Basel II im Bankengesetz sowie in der Banken- und Eigenmittelverordnung, abgeschlossen werden. Mit Beginn des Berichtsjahres trat zudem das neu geschaffene Gesetz über die Vermögensverwaltung in Kraft.

Das Gesetz gegen Marktmissbrauch im Handel mit Finanzinstrumenten (Marktmissbrauchsgesetz), welches am 1. Februar 2007 in Kraft treten wird, ist vom Landtag im September und November in erster und zweiter Lesung behandelt worden. Mit dem Marktmissbrauchsgesetz wird – in Umsetzung der Marktmissbrauchsrichtlinie (2003/6/EG) – ein Regelwerk geschaffen, um marktmissbräuchliche Aktivitäten auf dem Finanzplatz Liechtenstein zu bekämpfen. Zu diesem Zweck wurde der bisherige Insiderstraftatbestand erweitert und ein neuer Tatbestand der Marktmanipulation eingeführt. Durch die Gesetzesvorlage werden die Finanzintermediäre, sofern sie den Verdacht haben, dass eine Transaktion ein Insidergeschäft oder eine Marktmanipulation darstellen könnte, zu einer Verdachtsmitteilung an die FIU verpflichtet.

Die Abänderungen der Bankenkoordinierungsrichtlinie (2000/12/EG) und der Kapitaladäquanzrichtlinie (93/6/EWG), welche die von Banken anzuwendenden Eigenmittel- und Risikovorschriften (Basel II) betreffen, machten eine Revision des Bankengesetzes notwendig. Im April 2006 hat die Regierung einen entsprechenden Vernehmlassungsbericht verabschiedet. Der Bericht und Antrag zuhanden des Landtages konnte von der Regierung im Juli 2006 genehmigt werden. Der Landtag behandelte die Vorlage in erster Lesung im September 2006; die zweite Lesung erfolgte im Oktober 2006. Da es sich bei den Eigenmittel- und Risikovorschriften um technische Ausführungsbestimmungen handelt, wurden nur die Grundsätze im Bankengesetz selbst geregelt. Die restliche Übernahme erfolgte in der Bankenverordnung sowie in der Eigenmittelverordnung, welche von der Regierung in der Sitzung vom 5. September 2006 verabschiedet wurden.

Im Februar des Berichtsjahres verabschiedete die Regierung einen Bericht und Antrag zuhanden des

Landtages betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Ausführung von Überweisungen. Infolge der Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2560/2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro war das bestehende Gesetz um die fehlenden Strafbestimmungen zu ergänzen.

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Fondsplatzes weiter zu steigern, liess die Regierung dem Landtag im März 2006 einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Steuergesetzes im Bereich der Besteuerung von Investmentunternehmen zukommen. Die Regierung schlug darin vor, die Kapitalsteuer auf das verwaltete Vermögen abzuschaffen. Gleichzeitig wurde eine Gleichstellung bei der steuerlichen Behandlung von Fondsleitungen und Anlagegesellschaften beantragt. Der Landtag verabschiedete die Gesetzesvorlage in seiner Mai Sitzung.

Im August 2006 verabschiedete die Regierung einen Bericht und Antrag zuhanden des Landtags, in welchem eine Reduktion der Mindestanzahl an Direktoriumsmitgliedern bei der Landesbank von fünf auf drei in Vorschlag gebracht wurde. Dies mit dem Ziel, die Flexibilität bei der Bildung der Geschäftsleitung zu erhöhen. Der Landtag verabschiedete die entsprechende Gesetzesänderung in seiner September Sitzung.

Im Oktober des Berichtsjahres unterbreitete die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend die Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes im Bereich Aircraft-Management-Leistungen. Leistungen dieser Art werden gemäss Gesetzesvorlage, welche vom Landtag in seinen Oktober und November Sitzungen behandelt wurde, neu dem Empfängerortsprinzip unterstellt, womit die bestehende Benachteilung der inländischen Luftfahrzeugbetreiber behoben werden konnte.

Daneben liess die Regierung dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend die Übernahme der 3. Geldwäsche-Richtlinie (2005/60/EG) zukommen. Der Landtag erteilte dem betreffenden Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses im Dezember 2006 seine Zustimmung. Mit der Übernahme der 3. Geldwäsche-Richtlinie werden die bestehenden Anforderungen im Bereich der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung an die revidierten 40 Empfehlungen der FATF angepasst.

Im Weiteren hat die Regierung im Juli 2006 einen Vernehmlassungsbericht zur Totalrevision des Prospektgesetzes verabschiedet. Erforderlich wurde die vorgesehene Totalrevision durch die Übernahme der Prospektrichtlinie, welche eine Harmonisierung des Rechtsrahmens sowie die Vollendung des Binnenmarktes für Wertpapiere zum Ziel hat. Im November des Berichtsjahres eröffnete die Regierung das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Schaffung eines Finanzkonglomeratsgesetzes, welches zusätzliche Aufsichtsvorschriften für Finanzkonglomerate vorsieht. Erfasst werden dabei Finanzkonglomerate, die in beträchtlichem Umfang branchenübergreifend tätig sind. Die Vernehmlassungsfrist endet Mitte Januar 2007.

## Finanzhaushalt

Das im November 2006 vom Landtag beschlossene Finanzgesetz für das Jahr 2007 sieht in der Laufenden Rechnung bei einem Ertrag von CHF 864,7 Mio., einem Aufwand von CHF 789,4 Mio. und Abschreibungen von CHF 74,1 Mio. einen Ertragsüberschuss von CHF 1,2 Mio. vor. Dabei steigen im Budgetvergleich die Erträge mit plus 6,3 % deutlich stärker als der Aufwand mit 3,1%. Unter Berücksichtigung der leicht erhöhten Abschreibungen verbessert sich das Resultat der Laufenden Rechnung beträchtlich, aus dem Fehlbetrag im Budget 2006 in Höhe von CHF 25,0 Mio. wird im Budget 2007 ein Überschuss von 1,2 Mio., das ist eine Verbesserung um CHF 26,2 Mio.

| **Laufende Rechnung** | **Budget 07** | **Budget 06** | **Veränderung B07/B06** | |
|---|---|---|---|---|
| | Mio. CHF | Mio. CHF | **abs.** | **in%** |
| Ertrag | 864.7 | 813.6 | 51.1 | +6.3 |
| ./. Aufwand | 789.4 | 765.8 | 23.6 | +3.1 |
| **Cash Flow** | **75.3** | **47.8** | **27.5** | **+57.5** |
| ./. Abschreibungen | 74.1 | 72.8 | 1.3 | +1.8 |
| **Ertrags-/Aufwandüberschuss** | **1.2** | **-25.0** | **26.2** | **+104.8** |

Die geplanten Investitionen liegen in etwa auf der Höhe des Vorjahres. Die für das Jahr 2007 vorgesehenen Bruttoinvestitionen bewegen sich mit CHF 109,4 Mio. dennoch über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 101 %, d.h. aus dem gegenüber dem Vorjahr verbesserten Cash Flow der Laufenden Rechnung in Höhe von CHF 75,3 Mio. können die geplanten Nettoinvestitionen von CHF 74,6 Mio. gänzlich bezahlt werden. Der vom Finanzleitbild geforderte Eigenfinanzierungsgrad von 90 % wird damit deutlich überschritten. Die gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 20,0 Mio. höheren Investitionseinnahmen tragen wesentlich zur Erfüllung dieses Eckwertes bei. Der damit verbundene Vorgang ist eine geplante Kapitalreduktion bei der LTN Liechtenstein-Telenet AG. Nach dem Verkauf des Festnetzes an die LKW soll die hohe Eigenkapitalisierung der LTN im Jahre 2007 reduziert werden.

| **Investitionsrechnung** | **Budget 07** | **Budget 06** | **Veränderung B07/B06** | |
|---|---|---|---|---|
| | Mio. CHF | Mio. CHF | **abs.** | **in%** |
| Ausgaben | 109.4 | 111.3 | -1.9 | -1.7 |
| ./. Einnahmen | 34.8 | 14.8 | 20.0 | +135.1 |
| **Nettoinvestitionen** | **74.6** | **96.5** | **-21.9** | **-22.7** |
| Selbstfinanzierungsgrad | 101% | 50% | 51%P | +102.0 |

Die Rahmenbedingungen für die Budgetierung 2007 haben sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Von der positiven Wirtschaftsentwicklung profitieren auch die öffentlichen Haushalte, wodurch für die nahe Zukunft

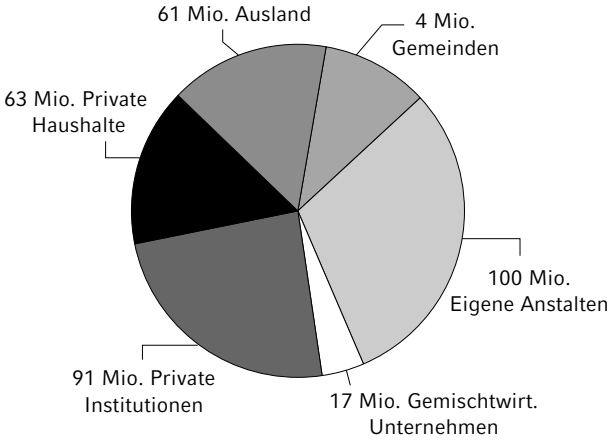
mit teilweise beträchtlichen Steuerzuwächsen gerechnet werden kann. Dank einer prognostizierten Steigerung im Bereich der Steuern und Abgaben von 7,2% gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die Erträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit von rd. CHF 775 Mio. auf nunmehr CHF 831 Mio. Dabei sind es in erster Linie die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, der Kapital- und Ertragssteuer sowie den Stempelabgaben, welche für das kommende Jahr auf deutlich höherem Niveau erwartet werden. Etwas höher als im Voranschlag 2006 figurieren die Vermögenserträge, welche mit einem Betrag von CHF 92,3 Mio. mittlerweile eine bedeutende Position in der Landesrechnung einnehmen. Dabei ist die in den letzten Jahren sukzessiv erhöhte Dividende der Landsbank der grosse Gewinnbringer.

Der Regierung ist es gelungen, die Steigerung des Aufwands im Voranschlag 2007 gegenüber dem Vorjahresbudget auf 3,1% zu begrenzen. Ohne Berücksichtigung der durch die höheren Steuereinnahmen zwangsläufig höheren Finanzzuweisungen wäre die Aufwandsteigerung mit 1,6% moderat ausgefallen. Dies ist in erster Linie das Resultat der mit der letztjährigen Finanzplanung angekündigten Massnahme zur Sanierung der Finanzierungsseite der Invalidenversicherung. - In der nachstehenden Tabelle fallen vor allem die grossen Veränderung beim Personalaufwand sowie bei den laufenden Beiträgen auf, was jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass ab Budget 2007 die Personalaufwendungen im Primarschul- und Kindergartenbereich neu unter dem Personalaufwand der Landesrechnung geführt werden, währenddem sie bis anhin als Subventionsposition an die Gemeinden und damit unter den laufenden Beiträgen figurierten.

| Laufende Aufwendungen | Budget 2007 | Budget 2006 | Abweichung in CHF | Abweichung in % |
|---|---|---|---|---|
| Personalaufwand | 191.4 | 155.5 | 35.9 | +23.1 |
| Sachaufwand | 87.6 | 82.3 | 5.3 | +6.5 |
| Laufende Beiträge | 337.9 | 367.9 | -30.0 | -8.1 |
| Finanzzuweisungen | 166.8 | 155.1 | 11.7 | +7.5 |
| Passivzinsen / Abschr. Finanzvermögen | 0.6 | 0.3 | 0.3 | +106.9 |
| Einlagen in Spezialfinanzierungen | 0.2 | 0.2 | 0.0 | -3.3 |
| **Aufwand ordentliche Staatstätigkeit** | **784.5** | **761.2** | **23.3** | **+3.1** |
| Aufwand Poolanlagen | 4.9 | 4.6 | 0.3 | +6.5 |
| **Total Aufwand** | **789.4** | **765.8** | **23.6** | **+3.1** |

Mit dem Voranschlag 2007 beantragte die Regierung dem Landtag eine Teuerungszulage von 2 % für das Staatspersonal, nachdem die Konsumentenpreise per Ende August 2006 gegenüber dem letztmaligen Ausgleich um 2,4 % angestiegen waren. Des Weiteren wurde die Gesamtlohnsumme der Landesverwaltungsangestellten um 2 % erhöht, davon 1,5% für den fixen und 0,5 für den variablen Besoldungsanteil.

**Beitragsleistungen Budget 2007 (Mio. CHF)**




Die mit der letztjährigen Finanzplanung genannten Massnahmen zur Verbesserung der Struktur des Laufenden Haushaltes sind teilweise bereits in Umsetzung und wirken sich positiv auf die Bestrebungen der Regierung aus, bis Ende der laufenden Legislaturperiode einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dennoch ergibt sich in der Finanzplanung 2007 – 2011 mit den dort unterlegten Prämissen noch kein ausgeglichener Haushalt, es resultieren noch immer Finanzierungsfehlbeträge zwischen CHF 19 Mio. und CHF 39 Mio. p.a.. Deshalb hat die Regierung erneut ein Massnahmenpaket aufgezeigt, welches den Cash Flow der Laufenden Rechnung auf ein Niveau anheben soll, mit welchem die Finanzierung der geplanten Nettoinvestitionen möglich ist, somit einer ausgeglichenen Rechung gleichkommt.

Bei der derzeitigen guten Wirtschaftslage schliesst die Landesrechnung tendenziell besser ab als der Voranschlag, da sich die Erträge überdurchschnittlich gut entwickeln und sich dabei mehrere Faktoren gleichzeitig positiv entwickeln. Dennoch hält die Regierung am bisher verfolgten Ansatz einer vorsichtigen Finanzplanung fest und legt dem Landtag eine aus ihrer Sicht vorsichtige Finanzplanung vor, bei welcher nicht ein einzelnes Jahr betrachtet werden darf, sondern der Fokus und die Einschätzung der Entwicklung auf einen etwas längeren Zeitraum gelegt wird.

# AMTSSTELLEN

## Steuerverwaltung

**Amtsleiter: Hugo Biedermann**

*Die Steuerverwaltung führt die Veranlagung und den Bezug der meisten Steuerarten durch. Zu den ertragsmässig gewichtigsten Steuerarten zählten im Berichtsjahr die Mehrwertsteuer, die Kapital- und Ertragssteuer der juristischen Personen sowie die Vermögens- und Erwerbssteuer der natürlichen Personen. Organisatorisch ist die Steuerverwaltung in die fünf Abteilungen direkte Steuern natürliche Personen, direkte Steuern juristische Personen, Mehrwertsteuern, Spezialsteuern, Steuerbezug und Administration sowie den Rechtsdienst gegliedert. Der Personalbestand der Steuerverwaltung betrug im Berichtsjahr 45 Personen.*

**Direkte Steuern natürliche Personen**

Die Abteilung direkte Steuern natürliche Personen führt in Zusammenarbeit mit den Gemeindesteuerkassen die Veranlagungen der natürlichen Personen betreffend die Entrichtung der Vermögens- und Erwerbssteuern durch. Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 25 467 (Vorjahr 25 267) Veranlagungen mit einem Steuerergebnis von CHF 138,7 Mio. (Vorjahr CHF 127,3 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der Veranlagungen um 0.8% zu und das Steuerergebnis erhöhte sich um 9.0 %.

Die grosse Zahl der jährlich durchzuführenden Veranlagungen erfordert eine enge und effiziente Zusammenarbeit zwischen der Steuerverwaltung und den Gemeindesteuerkassen. Wo erforderlich, unterstützen und beraten die Revisoren der Steuerverwaltung die Gemeindesteuerkassen. Im Berichtsjahr wurde zudem eine gemeinsame Sitzung mit allen Gemeindekassieren durchgeführt.

Zu den besonderen Aufgaben der Abteilung direkte Steuern natürliche Personen zählen u.a. die Unterstützung der Gemeindesteuerkassen bei der Inventarisation des Nachlasses verstorbener Personen, die Überwachung der gesetzlichen Meldepflicht von Pensionskassen sowie die Überprüfung von Stipendienanträgen bezüglich der Höhe des steuerbaren Vermögens und Erwerbs. Bei Steuerpflichtigen, die keine Steuererklärung eingereicht hatten, wurden Vermögen und Erwerb eingeschätzt sowie eine Ordnungsbusse verfügt.

**Direkte Steuern juristische Personen**

Die Hauptaufgabe der Abteilung direkte Steuern der juristischen Personen besteht in der Veranlagung und Erhebung der Kapital- und Ertragssteuer von Gesellschaften, welche im Lande ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Im Zuge der Prüfung der Steuererklärung wird jeweils auch die Couponsteuer von 4 % der Obligationen- und Aktiencoupons in Rechnung gestellt sowie die Abgabe der Stempelsteuererklärung kontrolliert.

Im Berichtsjahr wurden rund 2 800 (Vorjahr rund 3 000) Veranlagungen betreffend die Entrichtung von Kapital- und Ertragssteuern vorgenommen. Die Gesamteinnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer beliefen sich auf CHF 163,6 Mio. gegenüber CHF 137,3 Mio. im Vorjahr, was einem Einnahmenanstieg von über 19 % entspricht.

Als zeitintensiv erwiesen sich im Berichtsjahr wie bereits im Vorjahr: die Mitarbeit beim Informatikprojekt einer integrierten neuen Steuerlösung (INES); die Überprüfung und Bereitstellung von VGR-Basisdaten; die Bearbeitung der vielen Anfragen sowie die sich aus solchen Abklärungen ergebenden steuerlichen Umsetzungen, insbesondere hinsichtlich der Umwandlung der Rechtsform, des Steuerstatuswechsel, der Umstrukturierung und der Abspaltung von Unternehmensteilen; die zahlreichen Abklärungen, die zur Ergänzung der eingereichten Unterlagen durchgeführt werden mussten; die Einschätzung jener steuerpflichtigen Gesellschaften, die keine Steuererklärung abgegeben haben.

Der Leiter der Abteilung juristische Personen wurde von der Regierung in die Arbeitsgruppe «Steuerrechtsrevision» bestellt. Die Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt, bis Dezember 2006 eine FL Tax Road Map und bis Ende März 2007 Grundlagen, Analysen sowie einen Vorgehensplan für eine Steuerrechtsreform zu erarbeiten.

Der Leiter der Abteilung juristische Personen ist zudem Mitglied der Arbeitsgruppe «QI».

**Mehrwertsteuern**

Die Abteilung Mehrwertsteuern hat für die umfassende, exakte und termingerechte Erhebung der Mehrwertsteuer zu sorgen. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören die Administration von mehrwertsteuerpflichtigen Personen, die Bearbeitung der eingereichten Anträge, die fachtechnische Kontrolle der Selbstveranlagungen, das Erstellen von Ergänzungsabrechnungen oder Gutschriften, der Erlass von Verfügungen, die Durchführung von externen Buchprüfungen sowie die Publikation der Verwaltungspraxis in Form von Broschüren und Merkblättern. Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie der Eidgenössischen Zollverwaltung aufgrund der bestehenden staatsvertraglichen Vereinbarungen bezüglich der einheitlichen Umsetzung der Vorschriften im Bereich der Mehrwertsteuer.

Im Berichtsjahr 2006 konnte erstmals mit der neuen «MWST-Informatik-Lösung» gearbeitet werden; diese neue Informatik-Lösung hat sich in der Praxis bewährt.

Schwerpunktmässig wurden im Jahr 2006 externe Revisionen sowie deren Nachbesprechungen durchgeführt. Die Abteilung Mehrwertsteuer war in die Erarbeitung von Einspracheentscheidungen und Gegenäusserungen zu Beschwerden involviert. Des Weiteren haben im Berichtsjahr vermehrt Gesellschaften um Eintragung

in das MWST-Register angesucht. In diesem Zusammenhang mussten verschiedene rechtsmittelfähige Verfügungen verfasst werden.

Per Ende des Berichtsjahres waren 3 603 (Vorjahr 3 436) aktiv tätige Mehrwertsteuerpflichtige registriert; gegenüber den im Vorjahr registrierten Steuerpflichtigen ergaben sich 332 Neueintragungen und 165 Löschungen. Die in der Landesrechnung ausgewiesenen Mehrwertsteuereinnahmen beliefen sich auf CHF 176,4 Mio. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2005 bedeutet dies einen Zuwachs der Mehrwertsteuereinnahmen von 1,4 %, in welchem sie sich auf CHF 174,0 Mio. beliefen. Zu erwähnen ist, dass bei den ausgewiesenen Einnahmen von CHF 176,4 Mio. der Betrag von CHF 7,6 Mio., welcher der Schweizerischen Eidgenossenschaft aufgrund einer Korrektur der Basisdaten zur Aufteilung der Mehrwertsteuererträge aus dem Jahre 2004 zurückerstattet wurde, in Abzug gebracht ist. Ohne diese Korrektur lägen die Mehrwertsteuereinnahmen bei CHF 184,0 Mio. Die Mehrwertsteuer war im Berichtsjahr wiederum mit Abstand die einnahmenstärkste Steuerart.

Da Liechtenstein und die Schweiz aufgrund des bestehenden Mehrwertsteuervertrages ein gemeinsames Mehrwertsteuergebiet bilden, werden die Einnahmen beider Vertragsstaaten aus der Mehrwertsteuer (inkl. der durch die Eidg. Oberzolldirektion erhobenen Einfuhrumsatzsteuer) während des Jahres einem gemeinsamen Mehrwertsteuerpool zugewiesen. Die Verteilung der gemeinsamen Mehrwertsteuererträge erfolgt jeweils auf Ende des Kalenderjahres, wobei die in einem festgelegten Dienstleistungssektor erzielten Mehrwertsteuererträge in vollem Umfang an jenen Vertragsstaat zurückfliessen, in welchem sie erhoben wurden. Der verbleibende Ertrag des Mehrwertsteuerpools wird gemäss einem jährlich zu ermittelnden Verteilungsschlüssel aufgeteilt. Dieser Verteilungsschlüssel ergibt sich aus der Bevölkerungszahl sowie dem Volkseinkommen pro Kopf der beiden Vertragsstaaten, um so die unterschiedliche einkommensabhängige Pro-Kopf-Nachfrage nach mehrwertsteuerbelasteten Gütern und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Der liechtensteinische Anteil am Mehrwertsteuerpool belief sich im Berichtsjahr auf rund 0,67 %.

**Spezialsteuern**

Zu den Spezialsteuern zählen die Grundstücksgewinnsteuer, die Nachlass- und Erbanfallssteuer sowie die Schenkungssteuer. Im Bereich der Grundstücksgewinnsteuer bearbeitete die Abteilung Spezialsteuern im Berichtsjahr insgesamt 1 674 (Vorjahr 1 359) grundbücherliche Grundstücksübertragungen. Bei insgesamt 970 (Vorjahr 705) Grundstücksübertragungen hatten die Steuerpflichtigen Grundstücksgewinnsteuern zu entrichten, während bei 704 (Vorjahr 654) Übertragungen keine Steuerzahlungen zu leisten waren. Aus einem steuerpflichtigen Grundstücksgewinn von insgesamt CHF 99,4 Mio. (Vorjahr CHF 95,3 Mio.) resultierten dabei Steuereinnahmen von CHF 15,3 Mio. (Vorjahr CHF 14,5 Mio.), welche zu zwei Dritteln den Gemeinden und zu einem Drittel dem Land zufliessen. Erhoben wird die Grundstücksgewinnsteuer von den Grundstücksverkäufern, wobei die Steuer für jedes verkaufte Grundstück bzw. Stockwerkeigentum gesondert in Rechnung gestellt wird.

Im Zuge der Veranlagung der Grundstücksgewinnsteuer werden die eingereichten Kauf- und Dienstbarkeitsverträge sowie die Meistbotsbeschlüsse der Versteigerungen erfasst und gemeinsam mit den eingereichten Steuererklärungen geprüft, insbesondere hinsichtlich der Erwerbs- und Verkaufspreise sowie der anrechenbaren Anlagekosten. Verschiedentlich ist es dabei erforderlich, den Verkaufspreis von Amtes wegen festzusetzen, wobei z.T. Expertisen beigezogen und Augenscheine durchgeführt werden. Nach Erstellung der Grundstücksgewinnsteuerrechnung und Zahlungseingang leitet die Abteilung Spezialsteuern die Grundstücksverträge an das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt zur grundbücherlichen Eintragung weiter.

Im Bereich der Nachlass- und Erbschaftssteuern wurden im Berichtsjahr insgesamt 315 (Vorjahr 278) Fälle bearbeitet, wobei in 216 (Vorjahr 188) Fällen Steuern zu entrichten waren. Insgesamt ergaben sich Steuereinnahmen von CHF 3,0 Mio. (Vorjahr CHF 7,9 Mio.) aus einem Gesamtnachlass von CHF 66,7 Mio. (Vorjahr CHF 182,3 Mio.).

Zu den Aufgaben im Zusammenhang mit der Erhebung der Nachlass- und Erbschaftssteuer zählen die edv-mässige Erfassung der durchgeführten Inventarisationen, die Durchsicht der gerichtlichen Verlassenschaftsakte, die Festsetzung des steuerpflichtigen Reinnachlasses und die Ausfertigung der Steuerrechnungen. Nach Eingang der Zahlungen wird das Erbe mittels Umschriftsbewilligung zuhanden des Landgerichtes freigegeben.

Aus Schenkungssteuern resultierte im Berichtsjahr ein Betrag von CHF 3,7 Mio. (Vorjahr CHF 0,8 Mio.). Steuerbasis dieser Schenkungssteuern war eine Schenkungssumme von insgesamt CHF 481,7 Mio. (Vorjahr CHF 96,1 Mio.). Bearbeitet wurden insgesamt 562 (Vorjahr 511) Schenkungen, wobei in 439 (Vorjahr 374) Fällen Steuern zu entrichten waren. Nach der edv-mässigen Erfassung der Schenkungsverträge und Schenkungsanzeigen sind jeweils die Werte der geschenkten Vermögensobjekte festzusetzen und die Schenkungssteuerrechnungen zu erstellen. Im Falle von Grundstücksschenkungen werden die Schenkungsverträge nach Eingang der Steuerzahlungen an das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt weitergeleitet.

**Steuerbezug und Administration**

Die Abteilung Steuerbezug und Administration ist insbesondere zuständig für den Bezug der Kapital- und Ertragssteuern, der Couponsteuern, der Besonderen Gesellschaftssteuern, der Lohnsteuerabzüge, der Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger und der Rentnersteuern sowie für eine Reihe weiterer administrativer Aufgaben.

Aus den Lohnsteuerabzügen und den Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger resultierten im

Berichtsjahr Einnahmen von CHF 97,0 Mio. (Vorjahr CHF 94,2 Mio.). Die Lohnsteuerabzüge werden vom jeweiligen Arbeitgeber vorgenommen, welcher gemäss Steuergesetz verpflichtet ist, einen bestimmten Anteil des an seine Arbeitnehmer auszubezahlenden Bruttolohnes zurückzubehalten und der Steuerverwaltung abzuliefern. Der Arbeitnehmer erhält für diese Vorauszahlung seiner Vermögens- und Erwerbssteuer einen Skonto gutgeschrieben, welcher sich für das Steuerjahr 2005 auf 0.5 % (Vorjahr 1 %) des abgelieferten Lohnsteuerbetrags belief. Insgesamt rechneten die Arbeitgeber im Berichtsjahr eine Bruttolohnsumme von CHF 2 184 Mio. (Vorjahr CHF 2 115 Mio.) ab, was einer Zunahme von CHF 69 Mio. bzw. 3,3 % entspricht. Auf die 7 258 (Vorjahr 7 072) österreichischen Grenzgänger entfiel dabei eine Lohnsumme von CHF 437 Mio. (Vorjahr CHF 425,1 Mio.). Da sich der Quellensteuerabzug der österreichischen Grenzgänger auf 4 % des Bruttolohnes beläuft, resultierten hieraus Steuereinnahmen von CHF 17,5 Mio. (Vorjahr CHF 16,9 Mio.).

Aus der Besonderen Gesellschaftssteuer der Sitzgesellschaften resultierten im Berichtsjahr CHF 97,6 Mio. (Vorjahr CHF 93,8 Mio.). Die Gesamteinnahmen aus der Couponsteuer beliefen sich auf CHF 34 Mio. (Vorjahr CHF 37,6 Mio.).

In den Aufgabenbereich der Abteilung Steuerbezug und Administration fällt auch die Bearbeitung von Neugründungen, Löschungen, Kapitalerhöhungen, Rechtsformwechseln und Sitzverlegungen von Gesellschaften. Bei Neugründungen von Gesellschaften erhebt die Steuerverwaltung direkt die liechtensteinische Gründungs- oder Wertstempelgebühr sowie die eidgenössische Stempelabgabe (Emissionsabgabe). Im Berichtsjahr wurden aufgrund von Neugründungen oder Kapitalerhöhungen CHF 1,1 Mio. (Vorjahr CHF 1,9 Mio.) an Gründungs- oder Wertstempelgebühren sowie CHF 5,7 Mio. (Vorjahr CHF 2,3 Mio.) an Emissionsabgaben eingehoben. Der gesamte Anteil Liechtensteins an den eidgenössischen Stempelabgaben (Emissionsabgabe, Effektenumsatzabgabe, Abgabe auf Versicherungsprämien) belief sich auf CHF 65,4 Mio. (Vorjahr CHF 50,3 Mio.).

In den administrativen Aufgabenbereich fallen weiters die Führung des Steuerregisters und das damit verbundene Mutationswesen, die sorgfältige Verwahrung und Nachführung der Steuerakten aller Gesellschaften sowie die Datenerfassung für die Revisoren und das Amt für Volkswirtschaft als Grundlage für die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Liechtensteins.

## Rechtsdienst und Gesetzgebung

**Rechtsmittelverfahren und rechtliche Abklärungen**

Die Haupttätigkeit des Rechtdienstes besteht in der Erledigung aller anfallenden Steuerverfahren bzw. Rechtsmittelverfahren. Im Berichtsjahr verfasste er diverse Einspracheentscheidungen sowie Gegenäusserung und Beschwerden an obere Instanzen. Weiters liegt seine Tätigkeit in der rechtlichen Unterstützung aller Abteilungen der Steuerverwaltung, Wahrnehmung der rechtlichen Aufsicht über sämtliche Steuerarten im Sinne einer einheitlichen Verwaltungspraxis, Beantwortung von internen und externen Anfragen, Klärung verschiedener Fragen im Rahmen der abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen.

**Gesetzgebung**

Der Rechtsdienst verfasste im abgelaufenen Berichtsjahr Stellungnahmen zu verschiedenen Vernehmlassungsvorlagen, unter anderem zur Vorlage betreffend die Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (Modernisierung des Geschäftsverkehrs mit dem Grund- und Öffentlichkeitsregisteramt sowie Teilrevision verschiedener Rechtsformen).

Vom Rechtsdienst wurden zu Handen der Regierung eine Abänderung des Steuergesetzes betreffend die Besteuerung von Investmentunternehmen sowie eine Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Besteuerung von Aircraftmanagement-Leistungen) sowie eine Abänderung der Mehrwertsteuerverordnung (insbesondere betreffend Behandlung von Formmängeln) vorbereitet.

Die Amtsleitung sowie der Rechtsdienst haben sich mit dem Entwurf von Prof. Manfred Rose für die Einführung eines neuen Einkommensteuergesetzes für das Fürstentum Liechtenstein auseinandergesetzt und zu Handen des Ressorts Finanzen Stellung dazu bezogen.

**Internationales Steuerrecht**

Im Zusammenhang mit dem zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossenen Zinsbesteuerungsabkommen war der Rechtsdienst für die reibungslose Weiterleitung der Zinsmeldungen (Formular 151) an die EU-Mitgliedstaaten für das Steuerjahr 2005 (1. Juli 2005 – 31. Dezember 2005) verantwortlich. Die Weiterleitung der Zinsmeldungen des Steuerjahrs 2005 erfolgte im Juni 2006. Der Rechtsdienst erstellte auch eine Statistik, aus welcher sowohl die Anzahl der an die EU-Mitgliedstaaten ergangenen Meldungen (insgesamt 506 Meldungen) sowie die an die einzelnen EU-Mitgliedstaaten überwiesenen Rückbehaltsbeträge ersichtlich sind. Einbehalten wurden Zinserträge in der Höhe von CHF 4 Mio. und an die EU-Mitgliedstaaten wurden nach Abzug eines 25%-Anteils rund CHF 3 Mio. weitergeleitet. Weiters erteilte der Rechtsdienst Auskünfte für materielle und steuerrechtliche Fragen gegenüber den liechtensteinischen Zahlstellen.

Der Rechtsdienst hat den «Bericht 2006 – Assessment by the Global Forum on Taxation» der OECD auf allfällige Änderungen per Stichtag 1. Januar 2007 in Bezug auf Aussagen zu Liechtenstein geprüft und Ergänzungen/Erläuterungen dazu an das dafür zuständige Ressort Finanzen weitergeleitet. Aufgrund u. a. dieser Informationen wird das OECD Global Forum on Taxation den Fortschrittsbericht 2007 erstellen.

Im Berichtsjahr fanden keine persönlichen Treffen zwischen Vertretern der OECD und der liechtenstei-

nischen Delegation, in welcher auch Mitarbeiter des Rechtsdienstes der Steuerverwaltung vertreten sind, statt. Die zuständigen Mitarbeiter des Rechtsdienstes pflegten jedoch während des ganzen Jahres laufenden Kontakt mit ihren Ansprechpartnern bei der OECD, um so über die neuesten Entwicklungen und Bestrebungen der Organisation hinsichtlich ihrer Initiative zu den schädlichen Steuerpraktiken informiert zu sein.

### 1. Vermögens- und Erwerbssteuer (Steuerjahr 2005)

| Gemeinde | Anzahl Veranlagungen | Steuerbares Vermögen | Steuerbarer Erwerb | Steuerergebnis Total | Gemeindesteuer | Landessteuer | Skonto auf Lohnsteuer | Landessteuer abz. Skonto auf Lohnsteuer |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Balzers | 2 933 | 470 790 000 | 121 244 900 | 11 980 648.45 | 7 695 914.05 | 4 284 734.40 | 43 764.00 | 4 240 970.40 |
| Triesen | 3 331 | 623 172 000 | 139 410 400 | 16 171 327.75 | 10 751 002.12 | 5 420 325.63 | 51 612.15 | 5 368 713.48 |
| Triesenberg | 1 886 | 204 514 000 | 74 329 500 | 7 107 708.65 | 4 729 368.95 | 2 378 339.70 | 27 697.70 | 2 350 642.00 |
| Vaduz | 4 740 | 1 753 820 000 | 233 082 800 | 31 020 017.10 | 18 676 019.10 | 12 343 998.00 | 77 763.45 | 12 266 234.55 |
| Schaan | 4 483 | 3 407 718 000 | 210 930 000 | 41 308 629.35 | 25 996 369.48 | 15 312 259.87 | 77 749.90 | 15 234 509.97 |
| Planken | 232 | 96 515 000 | 13 068 100 | 1 591 398.05 | 995 222.00 | 596 176.05 | 5 138.15 | 591 037.90 |
| Eschen | 2 724 | 314 015 000 | 107 892 400 | 9 982 419.55 | 6 630 714.15 | 3 351 705.40 | 40 385.00 | 3 311 320.40 |
| Mauren | 2 377 | 339 729 700 | 105 345 000 | 9 599 278.95 | 6 398 372.70 | 3 200 906.25 | 33 484.70 | 3 167 421.55 |
| Gamprin | 951 | 91 006 000 | 39 193 600 | 3 423 804.35 | 2 281 402.35 | 1 142 402.00 | 14 478.00 | 1 127 924.00 |
| Schellenberg | 606 | 63 826 000 | 22 007 200 | 1 866 310.55 | 1 243 716.50 | 622 594.05 | 7 980.00 | 614 614.05 |
| Ruggell | 1 204 | 127 784 000 | 52 652 100 | 4 685 723.85 | 3 119 627.55 | 1 566 096.30 | 19 350.80 | 1 546 745.50 |
| Total | 25 467 | 7 492 889 700 | 1 119 156 000 | 138 737 266.60 | 88 517 728.95 | 50 219 537.65 | 399 403.85 | 49 820 133.80 |
| Vorjahr | 25 267 | 6 844 284 000 | 1 059 963 900 | 127 329 194.34 | 81 725 467.28 | 45 603 727.06 | 775 104.25 | 44 828 622.81 |
| Veränderung | +200 | +648 605 700 | +59 192 100 | +11 408 072.26 | +6 792 261.67 | +4 615 810.59 | -375 700.40 | +4 240 110.19 |

### 2. Grundstückgewinnsteuern

| Gemeinde | Veranlagungen | Steuerbarer Gewinn | Total Steuereinnahmen | Gemeindeanteil 2/3 | Landesanteil 1/3 |
|---|---|---|---|---|---|
| Balzers | 65 | 7 889 998.85 | 1 110 991.80 | 740 661.20 | 370 330.60 |
| Triesen | 105 | 15 160 994.55 | 2 322 084.30 | 1 548 056.20 | 774 028.10 |
| Triesenberg | 43 | 2 690 020.05 | 323 601.00 | 215 734.00 | 107 867.00 |
| Vaduz | 46 | 12 768 462.05 | 2 158 159.65 | 1 438 773.10 | 719 386.55 |
| Schaan | 90 | 21 846 534.95 | 3 663 692.02 | 2 442 461.35 | 1 221 230.67 |
| Planken | 10 | 2 459 213.65 | 388 633.05 | 259 088.70 | 129 544.35 |
| Eschen | 264 | 8 773 660.65 | 1 106 612.10 | 737 741.40 | 368 870.70 |
| Mauren | 157 | 12 582 311.50 | 1 781 865.90 | 1 187 910.60 | 593 955.30 |
| Gamprin | 102 | 5 958 913.40 | 952 395.00 | 634 930.00 | 317 465.00 |
| Schellenberg | 41 | 1 051 124.30 | 153 689.25 | 102 459.50 | 51 229.75 |
| Ruggell | 47 | 8 256 753.30 | 1 385 322.05 | 923 548.05 | 461 774.00 |
| Total | 970 | 99 437 987.25 | 15 347 046.12 | 10 231 364.10 | 5 115 682.02 |
| Vorjahr | 705 | 95 330 178.10 | 14 465 581.50 | 9 643 721.00 | 4 821 860.50 |
| Veränderung | + 265 | + 4 107 809.15 | + 881 464.62 | + 587 643.10 | + 293 821.52 |

### 3. Kapital- und Ertragssteuern

| Gemeinde | Total Steuereinnahmen | Gemeindeanteil 50 % | Landesanteil 50 % |
|---|---|---|---|
| Balzers | 6 490 640.60 | 3 245 320.30 | 3 245 320.30 |
| Triesen | 32 363 117.30 | 16 181 558.65 | 16 181 558.65 |
| Triesenberg | 1 196 076.88 | 598 038.44 | 598 038.44 |
| Vaduz | 72 453 331.60 | 36 226 665.80 | 36 226 665.80 |
| Schaan | 24 865 890.80 | 12 432 945.40 | 12 432 945.40 |
| Planken | 1 916 362.50 | 958 181.25 | 958 181.25 |
| Eschen | 8 275 172.75 | 4 137 586.38 | 4 137 586.37 |
| Mauren | 5 248 032.25 | 2 624 016.13 | 2 624 016.12 |
| Gamprin | 8 473 162.59 | 4 236 581.30 | 4 236 581.29 |
| Schellenberg | 163 197.35 | 81 598.68 | 81 598.67 |
| Ruggell | 2 140 014.00 | 1 070 007.00 | 1 070 007.00 |
| Total | 163 584 998.62 | 81 792 499.33 | 81 792 499.29 |
| Kürzungsbetreffnis | | -5 293 239.00 | + 5 293 239.00 |
| Effektiv | | 76 499 260.33 | 87 085 738.29 |
| Vorjahr | 137 251 705.37 | 68 625 858.70 | 68 625 846.67 |
| Veränderung | + 26 333 293.25 | + 7 873 401.63 | + 18 459 891.62 |

## 4. Ergebnis der in den Finanzausgleich fallenden Steuern, Stempelabgaben und Zölle

| | Gesamteinnahmen 2006 | Finanzausgleich 15% | Gesamteinnahmen 2005 | Finanzausgleich 15% |
|---|---|---|---|---|
| Rentnersteuern | 2 355 890.00 | 353 383.50 | 2 625 566.65 | 393 835.00 |
| Quellensteuern | 17 251 758.05 | 2 587 763.70 | 16 739 838.55 | 2 510 975.80 |
| Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer | 6 762 051.75 | 1 014 307.75 | 8 718 471.17 | 1 307 770.70 |
| Motorfahrzeugsteuern | 10 334 784.00 | 1 550 217.60 | 10 051 297.40 | 1 507 694.60 |
| Besondere Gesellschaftssteuern | | | | |
| Holding- und Sitzgesellschaften ohne die aus der Erhöhung der Mindeststeuer zufliessenden Einnahmen | 63 935 828.98 | 9 590 374.35 | 61 463 732.05 | 9 219 559.80 |
| Ausl. Versicherungsgesellschaften | 2 996 129.45 | 449 419.40 | 2 836 380.80 | 425 457.10 |
| Couponsteuern | 33 965 778.53 | 5 094 866.80 | 37 622 721.83 | 5 643 408.25 |
| Stempelabgaben | 65 435 585.52 | 9 815 337.85 | 50 276 793.64 | 7 541 519.05 |
| Mehrwertsteuern | 176 399 562.74 | 26 459 934.40 | 173 953 048.58 | 26 092 957.30 |
| Zölle | 35 764 705.00 | 5 364 705.75 | 34 576 140.00 | 5 186 421.00 |
| Kapital- und Ertragssteuer 50%-Anteil | 81 792 499.29 | 12 268 874.90 | 68 625 846.67 | 10 293 877.00 |
| Kürzungsbetreffnisse aus den Gemeindeanteilen an der Kapital- und Ertragssteuer | 5 293 239.00 | 793 985.85 | 0.00 | 0.00 |
| Total | 502 287 812.31 | 75 343 171.85 | 467 489 837.34 | 70 123 475.60 |

Von den Gesamteinnahmen 2006 in der Höhe von CHF 502 287 812.31 gemäss Art. 3 des Finanzgesetzes entfallen

| | | | |
|---|---|---|---|
| auf die Gemeinden | 15% | CHF | 75 343 171.85 |
| auf das Land | 85% | CHF | 426 944 640.46 |

### Details zu den Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern

| Steuerjahr | Veranlagungen | Steuerbarer Vermögensübergang | Total Steuereinnahmen |
|---|---|---|---|
| 2006 | 877 | 542 782 918.70 | 6 762 051.75 |
| 2005 | 789 | 273 458 051.20 | 8 718 471.17 |
| Veränderungen | +88 | +269 324 867.50 | -1 956 419.42 |

### davon Nachlass- und Erbanfallsteuern

| Steuerjahr | Veranlagungen | Total Steuereinnahmen |
|---|---|---|
| 2006 | 315 | 3 013 845.35 |
| 2005 | 278 | 7 910 276.07 |
| Veränderungen | +37 | -4 896 430.72 |

### davon Schenkungssteuern

| Steuerjahr | Veranlagungen | Total Steuereinnahmen |
|---|---|---|
| 2006 | 562 | 3 748 206.40 |
| 2005 | 511 | 808 195.10 |
| Veränderungen | +51 | +2 940 011.30 |

**Details zu den besonderen Gesellschaftssteuern der Holding- und Sitzgesellschaften**

| | 2006 | 2005 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| Steuereinnahmen von Holding und Sitzgesellschaften | 97 611 952.64 | 93 837 832.05 | +3 774 120.59 |
| Einnahmen die nicht in den Finanzausgleich fallen (Erhöhung Mindeststeuer von CHF 600.– auf CHF 1 000.– von 1973) | -33 676 123.66 | -32 374 100.00 | -1 302 023.66 |
| Einnahmen, die in den Finanzausgleich fallen | 63 935 828.98 | 61 463 732.05 | +2 472 096.93 |

**Detail zu den Couponsteuern**

| Steuerobjekt | Steuerbare Leistung | Steuereinnahmen |
|---|---|---|
| Steuerbare Gewinnausschüttung an Aktionäre und Kapitalinhaber, langfristige Darlehen usw. | 849 144 463.25 | 33 965 778.53 |
| 2005 | 940 568 045.75 | 37 622 721.83 |
| Veränderungen | -91 423 582.50 | -3 656 943.30 |

**Details zu den Stempelabgaben**

| | 2006 | 2005 | Veränderungen |
|---|---|---|---|
| Emissionsabgaben | 5 720 409.51 | 2 255 249.28 | +3 465 160.23 |
| Effektenumsatzabgaben | 51 761 093.19 | 39 090 671.39 | +12 670 421.80 |
| Prämienquittungen | 8 647 174.58 | 9 466 890.89 | - 819 716.31 |
| ./. Beitrag für die Durchführung der Stempelabgaben | -693 091.76 | -536 017.92 | -157 073.84 |
| Einnahmen Total für Finanzausgleich | 65 435 585.52 | 50 276 793.64 | +15 158 791.88 |

**5. Diverse Steuern und Gebühren, die nicht in den Finanzausgleich fallen**

| | 2006 | 2005 | Veränderungen |
|---|---|---|---|
| Liecht. Gründungsgebühren | 1 146 633.80 | 1 937 464.85 | -790 831.05 |
| Verwaltungsgebühren und Bussen | 483 219.35 | 605 568.08 | -122 348.73 |
| Einbürgerungssteuern | 1 850.00 | 2 250.00 | -400.00 |
| Inventarisationsgebühren [1)] | 120 274.75 | 0.00 | +120 274.75 |
| Total | 1 631 703.15 | 2 545 282.93 | -793 305.03 |

[1)] Die Inventarisationsgebühren wurden bis 31.12.2005 im Verhältnis zur Einwohnerzahl den Gemeinden zugewiesen. Ab dem 1.1.2006 fallen die Inventarisationsgebühren dem Lande zu.

## Aufteilung der Steuern, der Stempelabgaben und der Zollerträgnisse zwischen Land und Gemeinden

| | Gesamtergebnis | | Land | | Gemeinden | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2006 | 2005 | 2006 | 2005 | 2006 | 2005 |
| Vermögens- und Erwerbssteuern | 138 737 266.60 | 127 329 194.34 | 50 219 537.65 | 45 603 727.06 | 88 517 728.95 | 81 725 467.28 |
| Grundstückgewinnsteuern | 15 347 046.12 | 14 465 581.50 | 5 115 682.02 | 4 821 860.50 | 10 231 364.10 | 9 643 721.00 |
| Kapital- und Ertragssteuern | 163 584 998.62 | 137 251 705.37 | 87 085 738.29 | 68 625 846.67 | 76 499 260.33 | 68 625 858.70 |
| Steuern, Stempelabgaben und Zölle, die in den Finanzausgleich fallen | 502 287 812.31 | 467 489 837.34 | 426 944 640.46 | 397 366 361.74 | Gemeindeanteil 15% 75 343 171.85 | Gemeindeanteil 15% 70 123 475.60 |
| Besondere Gesellschaftssteuern Holding- und Sitzgesellschaften aus Steuererhöhung | 33 676 123.66 | 32 374 100.00 | 33 676 123.66 | 32 374 100.00 | | |
| Gebühren, die nicht in den Finanzausgleich fallen (Liecht. Gründungsgebühren etc.) | 1 631 703.15 | 2 545 282.93 | 1 631 703.15 | 2 545 282.93 | | |
| Total | 855 264 950.46 | 781 455 701.48 | 604 673 425.23 | 551 337 178.90 | 250 591 525.23 | 230 118 522.58 |
| Veränderungen | +73 809 248.98 | | +53 336 246.33 | | +20 473 002.65 | |

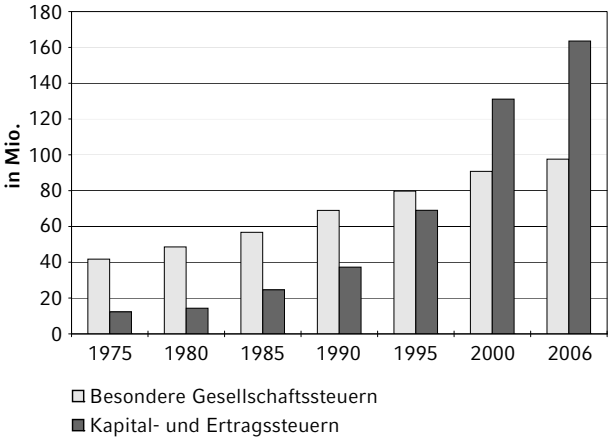
## Vergleich Gesamtsteuereinnahmen und Zollerträgnisse 2006/2005

| | | 2006 | | 2005 | Veränderung |
|---|---|---|---|---|---|
| Gesellschaftssteuern | | | | | |
| a) Sitz- und Holdinggesellschaften | 97 611 952.64 | | 93 837 832.05 | | |
| b) ausl. Versicherungsgesellschaften | 2 996 129.45 | | 2 836 380.80 | | |
| c) Kapital- und Ertragssteuern | 163 584 998.62 | 264 193 080.71 | 137 251 705.37 | 233 925 918.22 | + 30 267 162.49 |
| Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern | | 6 762 051.75 | | 8 718 471.17 | - 1 956 419.42 |
| Mehrwertsteuern | | 176 399 562.74 | | 173 953 048.58 | +2 446 514.16 |
| Grundstückgewinnsteuern | | 15 347 046.12 | | 14 465 581.50 | + 881 464.62 |
| Stempelabgaben | 65 435 585.52 | | 50 276 793.64 | | |
| Gebühren | 1 631 703.15 | 67 067 288.67 | 2 545 282.93 | 52 822 076.57 | +14 245 212.10 |
| Couponsteuern | | 33 965 778.53 | | 37 622 721.83 | - 3 656 943.30 |
| Motorfahrzeugsteuern | | 10 334 784.00 | | 10 051 297.40 | +283 486.60 |
| Vermögens- und Erwerbssteuern | 138 737 266.60 | | 127 329 194.34 | | |
| Rentnersteuern | 2 355 890.00 | 141 093 156.60 | 2 625 566.65 | 129 954 760.99 | +11 138 395.61 |
| Quellensteuern | | 17 251 758.05 | | 16 739 838.55 | +511 919.50 |
| Total Steuern und Stempelabgaben | | 732 414 507.17 | | 678 253 714.81 | +54 160 792.36 |
| Zollerträgnisse | | 35 764 705.00 | | 34 576 140.00 | +1 188 565.00 |
| Total Steuern und Zollerträgnisse | | 768 179 212.17 | | 712 829 854.81 | +55 349 357.36 |

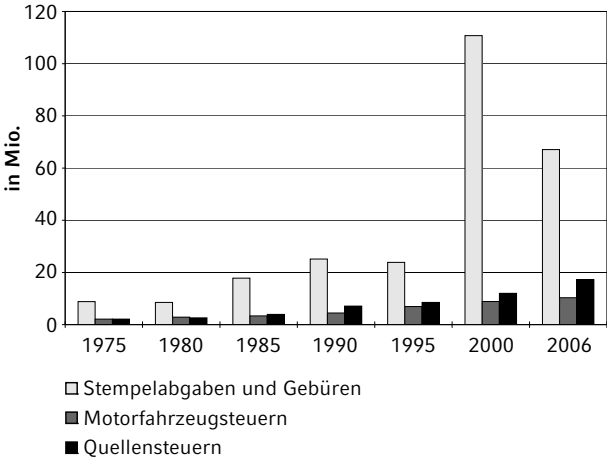
## Vergleich der Steuern, Abgaben und Zölle 1975 - 2006 (in CHF 1 000)

| | 1975 | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2006 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Besondere Gesellschaftssteuern | 41 766 | 48 587 | 56 725 | 68 947 | 79 757 | 90 794 | 97 612 |
| Kapital- und Ertragssteuern | 12 331 | 14 317 | 24 576 | 37 300 | 69 000 | 131 123 | 163 585 |
| Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern | 2 858 | 2 626 | 1 023 | 1 231 | 821 | 3 648 | 6 762 |
| Mehrwertsteuern | 10 696 | 15 924 | 26 329 | 38 762 | 84 449 | 161 611 | 176 400 |
| Grundstückgewinnsteuern | 1 851 | 3 856 | 9 822 | 10 447 | 9 662 | 21 200 | 15 347 |
| Stempelabgaben und Gebühren | 8 834 | 8 501 | 17 802 | 25 118 | 23 867 | 110 739 | 67 067 |
| Couponsteuern | 4 276 | 8 049 | 20 168 | 20 242 | 24 494 | 56 779 | 33 966 |
| Motorfahrzeugsteuern | 2 117 | 2 874 | 3 369 | 4 440 | 6 926 | 8 859 | 10 334 |
| Vermögens- und Erwerbssteuern, inkl. Rentnersteuern | 32 180 | 39 882 | 49 884 | 64 164 | 88 737 | 110 130 | 141 093 |
| Quellensteuern | 2 105 | 2 607 | 3 922 | 7 088 | 8 531 | 12 016 | 17 252 |
| Zölle | 11 568 | 12 502 | 16 249 | 19 854 | 27 568 | 31 910 | 35 765 |
| Total | 130 582 | 159 725 | 229 869 | 297 593 | 423 812 | 738 809 | 765 183 |

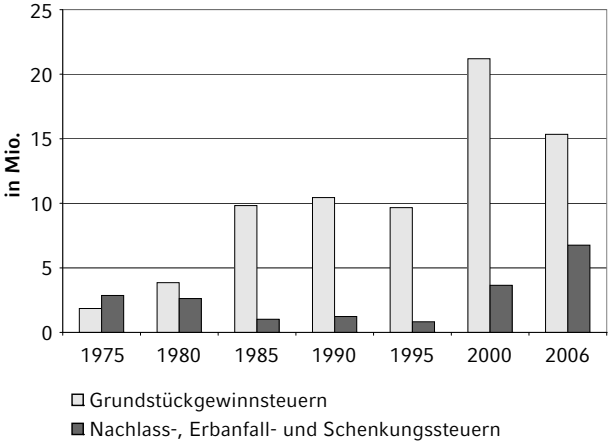
**Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle**



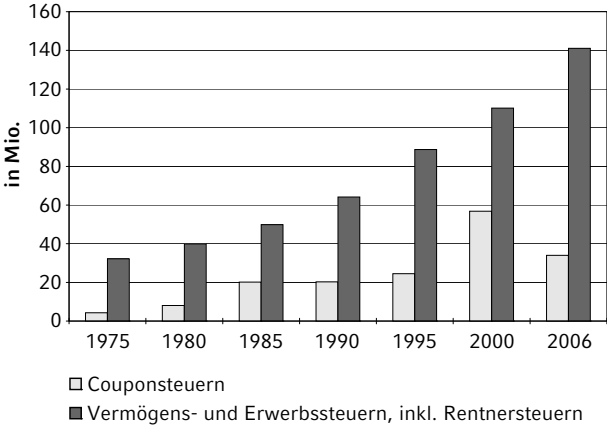

**Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle**



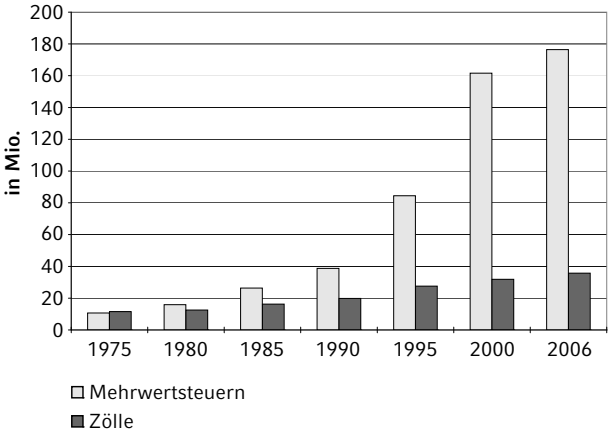

**Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle**



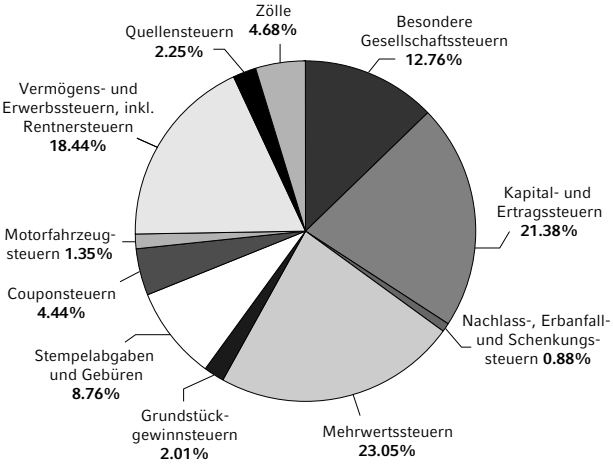

**Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle**




**Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle**




**Aufteilung der Steuern, Abgaben und Zölle**



## Finanzausgleich 2006

| Gemeinde | Einwohner | Zuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer auf 200% berechnet | Steuerteilung unter Gemeinden | Anteil Grundstück-gewinnsteuer 2/3 | Anteil Kapital- und Ertrags-steuer 50% | Zwischentotal | Einnahmen pro Kopf (LM 1) | Differenz zu LM 1 | Anhebung LM 1 (4 759.18) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Balzers | 4 436 | 8 569 468.80 | -167 149.15 | 740 661.20 | 3 245 320.30 | 12 388 301.15 | 2 792.67 | 2 564.41 | 1 966.51 |
| Triesen | 4 643 | 10 751 002.12 | 87 287.45 | 1 548 056.20 | 16 181 558.65 | 28 567 904.42 | 6 152.90 | 0.00 | 0.00 |
| Triesenberg | 2 542 | 4 729 368.95 | 4 780.75 | 215 734.00 | 598 038.44 | 5 547 922.14 | 2 182.50 | 3 174.59 | 2 576.68 |
| Vaduz | 5 047 | 24 687 996.00 | 629 164.20 | 1 438 773.10 | 31 147 645.80 | 57 903 579.10 | 11 472.87 | 0.00 | 0.00 |
| Schaan | 5 811 | 30 624 519.74 | -274 155.60 | 2 442 461.35 | 12 432 945.40 | 45 225 770.89 | 7 782.79 | 0.00 | 0.00 |
| Planken | 366 | 1 192 352.10 | -35 862.05 | 259 088.70 | 743 962.25 | 2 159 541.00 | 5 900.39 | 0.00 | 0.00 |
| Eschen | 4 076 | 6 630 714.15 | -110 536.60 | 737 741.40 | 4 137 586.38 | 11 395 505.33 | 2 795.76 | 2 561.33 | 1 963.42 |
| Mauren | 3 649 | 6 398 372.70 | 79 858.00 | 1 187 910.60 | 2 624 016.13 | 10 290 157.43 | 2 819.99 | 2 537.09 | 1 939.19 |
| Gamprin | 1 436 | 2 281 402.35 | -120 055.40 | 634 930.00 | 4 236 581.30 | 7 032 858.25 | 4 897.53 | 459.55 | 0.00 |
| Schellenberg | 974 | 1 273 716.00 | -25 594.10 | 102 459.50 | 81 598.68 | 1 432 180.08 | 1 470.41 | 3 886.68 | 3 288.77 |
| Ruggell | 1 925 | 3 119 627.55 | -67 737.50 | 923 548.05 | 1 070 007.00 | 5 045 445.10 | 2 621.01 | 2 736.08 | 2 138.17 |
| Total | 34 905 | 100 258 540.46 | 0.00 | 10 231 364.10 | 76 499 260.33 | 186 989 164.89 | 5 357.09 | 0.00 | 0.00 |

## Finanzausgleich 2006

| 50% zur Annäherung an LM 1 (an Anspruchs-berechtigte) Stufe 1 | LM 2 | 30% zu gleichen Teilen (an Anspruchs-berechtigte) Stufe 2 | Zwischentotal | LM 3 | 7.5% an Berggemeinden wovon 50% gleich | 50% n. Einw. | 5% an finanzschwächere Gemeinden wovon 50% gleich | 50% n. Einw. | Zwischentotal |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | Stufe 3 | | Stufe 4 | | |
| 8 723 435.60 | 4 759.18 | 2 511 439.05 | 23 623 175.80 | 5 325.33 | -.- | -.- | -.- | -.- | 23 623 175.80 |
| 0.00 | 6 152.90 | 2 511 439.05 | 31 079 343.47 | 6 693.81 | -.- | -.- | -.- | -.- | 31 079 343.47 |
| 6 549 917.80 | 4 759.18 | 2 511 439.05 | 14 609 278.99 | 5 747.16 | 941 789.65 | 2 080 387.75 | -.- | -.- | 17 631 456.39 |
| 0.00 | 11 472.87 | 0.00 | 57 903 579.10 | 11 472.87 | -.- | -.- | -.- | -.- | 57 903 579.10 |
| 0.00 | 7 782.79 | 0.00 | 45 225 770.89 | 7 782.79 | -.- | -.- | -.- | -.- | 45 225 770.89 |
| 0.00 | 5 900.39 | 2 511 439.05 | 4 670 980.05 | 12 762.24 | 941 789.65 | 203 479.95 | -.- | -.- | 5 816 249.65 |
| 8 002 897.15 | 4 759.18 | 2 511 439.05 | 21 909 841.53 | 5 375.33 | -.- | -.- | -.- | -.- | 21 909 841.53 |
| 7 076 101.55 | 4 759.18 | 2 511 439.05 | 19 877 698.03 | 5 447.44 | -.- | -.- | -.- | -.- | 19 877 698.03 |
| 0.00 | 4 897.53 | 2 511 439.05 | 9 544 297.30 | 6 646.45 | -.- | -.- | -.- | -.- | 9 544 297.30 |
| 3 203 259.30 | 4 759.18 | 2 511 439.10 | 7 146 878.48 | 7 337.66 | 941 789.65 | 541 501.25 | -.- | -.- | 8 630 169.38 |
| 4 115 974.50 | 4 759.18 | 2 511 439.10 | 11 672 858.70 | 6 063.82 | -.- | -.- | -.- | -.- | 11 672 858.70 |
| 37 671 585.90 | 6 436.35 | 22 602 951.55 | 247 263 702.34 | 7 083.90 | 2 825 368.95 | 2 825 368.95 | 0.00 | | 252 914 440.24 |

## Finanzausgleich 2006

| LM 4 | Einwohner n. anspruchsbe-rechtigten Gemeinden | 7.5% u. 5.0% aus Stufe 4 nach effekt. Einwohner Stufe 5 | Total Gemeindesteuer-einnahmen inkl. FAG | LM 5 | Finanzausgleich (ohne Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 / FAG) | Das Total der Gemeindesteuer-Einnahmen setzt sich wie folgt zusammen: (mit Berücksichtigung der Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 / FAG) Finanzaus-gleich | in % | Gemeinde-steuer | in % | Gemeinde |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 5 325.33 | 4 436 | 1 737 338.90 | 25 360 514.70 | 5 716.98 | [1] 12 972 213.55 | 8 985 327.55 | 42.04 | 12 388 301.15 | 57.96 | Balzers |
| 6 693.81 | 4 643 | 1 818 409.50 | 32 897 752.97 | 7 085.45 | [2] 4 329 848.55 | 3 792 947.35 | 11.72 | 28 567 904.42 | 88.28 | Triesen |
| 6 936.06 | 2 542 | 995 562.55 | 18 627 018.94 | 7 327.70 | 13 079 096.80 | 13 079 096.80 | 70.22 | 5 547 922.14 | 29.78 | Triesenberg |
| 11 472.87 | 0 | 0.00 | 57 903 579.10 | 11 472.87 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 57 903 579.10 | 100.00 | Vaduz |
| 7 782.79 | 0 | 0.00 | 45 225 770.89 | 7 782.79 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 45 225 770.89 | 100.00 | Schaan |
| 15 891.39 | 366 | 143 342.20 | 5 959 591.85 | 16 283.04 | [3] 3 800 050.85 | 3 146 914.65 | 59.30 | 2 159 541.00 | 40.70 | Planken |
| 5 375.33 | 4 076 | 1 596 346.60 | 23 506 188.13 | 5 766.97 | 12 110 682.80 | 12 110 682.80 | 51.52 | 11 395 505.33 | 48.48 | Eschen |
| 5 447.44 | 3 649 | 1 429 114.00 | 21 306 812.03 | 5 839.08 | 11 016 654.60 | 11 016 654.60 | 51.70 | 10 290 157.43 | 48.30 | Mauren |
| 6 646.45 | 1 436 | 562 402.80 | 10 106 700.10 | 7 038.09 | 3 073 841.85 | 3 073 841.85 | 30.41 | 7 032 858.25 | 69.59 | Gamprin |
| 8 860.54 | 974 | 381 462.60 | 9 011 631.98 | 9 252.19 | [4] 7 579 451.90 | 6 457 693.00 | 81.85 | 1 432 180.08 | 18.15 | Schellenberg |
| 6 063.82 | 1 925 | 753 917.35 | 12 426 776.05 | 6 455.47 | 7 381 330.95 | 7 381 330.95 | 59.40 | 5 045 445.10 | 40.60 | Ruggell |
| 7 245.79 | 24 047 | 9 417 896.50 | 262 332 336.74 | 7 515.61 | 75 343 171.85 | 69 044 489.55 | 26.97 | 186 989 164.89 | 73.03 | Total |

| | | |
|---|---|---|
| [1] Kürzung Balzers wegen Gemeindesteuerzuschlag | -873 554.75 | |
| lt. Art. 5 Abs. 1 / FAG, wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (24%) | -3 113 331.25 | -3 986 886.00 |
| [2] Kürzung Triesen wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (12.4%) | | -536 901.20 |
| [3] Kürzung Planken wegen Gemeindesteuerzuschlag | -197 130.10 | |
| lt. Art. 5 Abs. 1 / FAG, wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (12%) | -456 006.10 | -653 136.20 |
| [4] Kürzung Schellenberg wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (14.8%) | | -1 121 758.90 |
| Total Finanzausgleich abzüglich Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 FAG | | 69 044 489.55 |

## Gemeindesteuern

| Gemeinde | Gemeindezuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer | Steuerteilung +/- | Einbürgerungssteuer | Anteil Grundstückgewinnsteuer 2/3 | Anteil Kapital- und Ertragssteuer 50% | Steuern und Abgaben gem. Finanzausgleich | Total Steuereinnahmen |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Balzers | 7 695 914.05 | -167 149.15 | 500.00 | 740 661.20 | 3 245 320.30 | 8 985 327.55 | 20 500 573.95 |
| Triesen | 10 751 002.12 | 87 287.45 | 0.00 | 1 548 056.20 | 16 181 558.65 | 3 792 947.35 | 32 360 851.77 |
| Triesenberg | 4 729 368.95 | 4 780.75 | 0.00 | 215 734.00 | 598 038.44 | 13 079 096.80 | 18 627 018.94 |
| Vaduz | 18 676 019.10 | 629 164.20 | 0.00 | 1 438 773.10 | 31 147 645.80 | -.- | 51 891 602.20 |
| Schaan | 25 996 369.48 | -274 155.60 | 0.00 | 2 442 461.35 | 12 432 945.40 | -.- | 40 597 620.63 |
| Planken | 995 222.00 | -35 862.05 | 0.00 | 259 088.70 | 743 962.25 | 3 146 914.65 | 5 109 325.55 |
| Eschen | 6 630 714.15 | -110 536.60 | 400.00 | 737 741.40 | 4 137 586.38 | 12 110 682.80 | 23 506 588.13 |
| Mauren | 6 398 372.70 | 79 858.00 | 0.00 | 1 187 910.60 | 2 624 016.13 | 11 016 654.60 | 21 306 812.03 |
| Gamprin | 2 281 402.35 | -120 055.40 | 0.00 | 634 930.00 | 4 236 581.30 | 3 073 841.85 | 10 106 700.10 |
| Schellenberg | 1 243 716.50 | -25 594.10 | 0.00 | 102 459.50 | 81 598.68 | 6 457 693.00 | 7 859 873.58 |
| Ruggell | 3 119 627.55 | -67 737.50 | 1 050.00 | 923 548.05 | 1 070 007.00 | 7 381 330.95 | 12 427 826.05 |
| Total | 88 517 728.95 | 0.00 | 1 950.00 | 10 231 364.10 | 76 499 260.33 | 69 044 489.55 | 244 294 792.93 |
| Vorjahr | 81 725 467.28 | 0.00 | 2 350.00 | 9 643 721.00 | 68 625 858.70 | 63 924 343.70 | 223 921 740.68 |
| Veränderung | +6 792 261.67 | 0.00 | -400.00 | +587 643.10 | +7 873 401.63 | +5 120 145.85 | +20 373 052.25 |

# Amt für Wohnungswesen

**Amtsleiter: Marxer Harald**

## Wohnbauförderung

*Im Berichtsjahr 2006 wurden zinslose Darlehen in der Höhe von CHF 17 810 000 ausbezahlt. Der Darlehensbestand hat sich von CHF 194 799 551 auf CHF 198 691 201 erhöht. Ca. 91 % der Darlehen wurden an Liechtensteiner ausbezahlt.*

**Tätigkeiten des Amtes**
Das Amt für Wohnungswesen bewilligte im Berichtsjahr 91 Anträge auf Wohnbauförderung. Unter anderem wurden Stundungs- und Sistierungsgesuche behandelt sowie Anträge auf Um- und Anbauten.

**Budget**
Gemäss dem Landesvoranschlag für 2006 wurde die Höhe der Förderungsmittel auf CHF 17 000 000 budgetiert, zusätzlich musste ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 1.5 Mio. beantragt werden. Im Berichtsjahr wurden Darlehen in der Höhe von CHF 17 810 000 ausbezahlt. Getilgt wurden Darlehen in der Höhe von CHF 3 099 750. Das Budget der Subventionen betrug CHF 4 580 000, auch hier wurde ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 1.3 Mio. gewährt. Ausbezahlt wurden CHF 5 502 200. Zur vorzeitigen Rückzahlung fällig wurden Subventionen in der Höhe von CHF 264 550.

**Verteilung der zinslosen Darlehen und Subventionen nach Nationen**

| Nation | Anzahl | zinslose Darlehen | Subventionen | in % |
|---|---|---|---|---|
| FL | 126 | 16 312 000 | 5 015 900 | 91.30 |
| A | 7 | 887 000 | 323 900 | 5.07 |
| CH | 1 | 148 000 | 0 | 0.74 |
| D | 1 | 126 000 | 42 000 | 0.72 |
| I | 2 | 205 000 | 78 400 | 1.45 |
| P | 1 | 132 000 | 42 000 | 0.72 |
| **Total** | **138** | **17 810 000** | **5 502 200** | **100.00** |

**Entwicklung des Darlehensbestands**

| | | |
|---|---|---|
| **Darlehensbestand per 1.1.2006** | **CHF** | **194 799 551** |
| (inkl. Depot-Saldo von CHF 0) | | |
| Darlehensauszahlungen | 17 810 000 | |
| Stundungen | 31 330 | |
| Sistierungen | 218 820 | Fakturierte |
| Tilgungsraten | -10 952 795 | Reduzierte |
| Tilgungsraten (nach Sistierung) | -110 955 | |
| Darlehenstilgungen | -3 099 750 | Auflösung |
| offene KS | -5 000 | |
| **Darlehensbestand per 31.12.2006** | **CHF** | **198 691 201** |
| (inkl. Depot-Saldo von CHF 0) | | |

## Mietbeiträge für Familien

*Im Rechnungsjahr 2006 wurden Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2 048 607 ausbezahlt. Hierbei handelt es sich um 360 Bezüger. An zehn Bezüger wurde ein Gesamtbetrag von CHF 44 825 zuviel ausbezahlt. Da diese Bezüger die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen nicht mehr erfüllen, werden die zu Unrecht bezogenen Mietbeiträge zurückgefordert.*

**Budget**
Im Rechnungsjahr 2006 wurden Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2 048 607 ausbezahlt. Hierbei handelt es sich um 360 Bezüger. Im Dezember 2006 wurde die jährliche Überprüfung der Mietbeiträgebezüger durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass an fünf Bezüger zuviel und an zehn Bezüger zu Unrecht Mietbeiträge ausbezahlt wurden. Dabei handelt es sich um einen Gesamtbetrag von CHF 22 955. Da diese Bezüger weiterhin bezugsberechtigt sind, werden die zuviel bezogenen Beträge mit den laufenden Auszahlungen verrechnet.

An die anderen zehn Bezüger wurde ein Gesamtbetrag von CHF 44 825 zuviel ausbezahlt. Da diese Bezüger die gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen nicht mehr erfüllen, werden die zu Unrecht bezogenen Mietbeiträge zurückgefordert.

Im Landesvoranschlag 2006 waren Mietbeiträge in der Höhe von CHF 2,5 Mio. budgetiert.

**Verteilung der Mietbeiträge nach Staatsbürgerschaft**

| Empfänger nach Staatsbürgerschaft | Anzahl Empfänger | In % | Auszahlung CHF | In % |
|---|---|---|---|---|
| Bosnien-Herzegowina | 7 | 1.9 | 27 308 | 1.3 |
| Brasilien | 2 | 0.6 | 7 846 | 0.4 |
| Bulgarien | 1 | 0.3 | 4 826 | 0.2 |
| Deutschland | 9 | 2.5 | 42 242 | 2.1 |
| Dominikanische Republik | 1 | 0.3 | 8 446 | 0.4 |
| Frankreich | 1 | 0.3 | 3 250 | 0.2 |
| Fürstentum Liechtenstein | 134 | 37.2 | 795 076 | 38.8 |
| Griechenland | 1 | 0.3 | 7 240 | 0.4 |
| Italien | 21 | 5.8 | 103 556 | 5.1 |
| Kanada | 1 | 0.3 | 450 | 0.0 |
| Kolumbien | 2 | 0.6 | 5 430 | 0.3 |
| Kroatien | 4 | 1.1 | 24 770 | 1.2 |
| Mazedonien | 4 | 1.1 | 28 732 | 1.4 |
| Niederlande | 1 | 0.3 | 2 413 | 0.1 |
| Österreich | 28 | 7.8 | 178 340 | 8.7 |
| Peru | 1 | 0.3 | 8 446 | 0.4 |
| Portugal | 11 | 3.1 | 53 056 | 2.6 |
| Schweiz | 38 | 10.6 | 176 415 | 8.6 |
| Serbien u. Montenegro | 21 | 5.8 | 104 585 | 5.1 |
| Slowakische Republik | 2 | 0.6 | 8 626 | 0.4 |
| Slowenien | 1 | 0.3 | 9 540 | 0.5 |
| Spanien | 3 | 0.8 | 11 239 | 0.5 |
| Thailand | 3 | 0.8 | 11 159 | 0.5 |
| Türkei | 63 | 17.5 | 425 618 | 20.8 |
| **Total** | **360** | **100.0** | **2 048 607** | **100.0** |

# STABSSTELLEN

## Stabsstelle Finanzen

**Stabsstellenleiter: Thomas Lorenz**

*Das Schwergewicht der Tätigkeit der Stabsstelle Finanzen liegt in der Koordination des Planungsprozesses (Budget, Finanzplanung), der Mitarbeit bei der Erstellung und Kommentierung der Landesrechnung, der Erstellung von Nachtragskreditvorlagen sowie allgemein in der Unterstützung aller Regierungsressorts und Amtsstellen in finanziellen, finanzhaushaltsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen, im Speziellen des Ressorts Finanzen. Im Berichtsjahr wurde der Aufgabenumfang der Stabsstelle wesentlich erweitert, indem die Stabsstelle Finanzen beauftragt wurde, ein Kosten-/Leistungsrechnungssystem für einen breiten aber gezielten Einsatz in der Landesverwaltung aufzubauen. Die Erarbeitung eines Reformvorschlags für das Finanzzuweisungssystem vom Land zu den Gemeinden sowie die Arbeiten an einem neuen Finanzhaushaltsgesetz bildeten weitere Schwerpunkte im vergangenen Jahr.*

### Organisation / Personelles

Die Aufgaben der Stabsstelle werden von vier Personen (2.9 Stellen) wahrgenommen. Per 1.1.2007 hat die Regierung Herrn Andreas Gritsch zum Stellvertreter des Stabsstellenleiters befördert. Für die neue Aufgabe «Kosten-/Leistungsrechnung» wurde in der Stabsstelle Finanzen eine zusätzliche Stelle geschaffen, welche seit dem 1.10.2006 mit einer ausgewiesenen Fachfrau mit einem 50 % Pensum besetzt werden konnte.

### Ständige Aufgaben

- Koordination des Budgetprozesses des Landes;
- Erstellung von Nachtragskreditvorlagen;
- Mitarbeit beim Abschluss und der Kommentierung der Landesrechnung;
- Monatliche Berichterstattung zuhanden des Ressorts Finanzen hinsichtlich relevanter Daten zur Landesrechnung;
- Unterstützung der Regierung bei Sitzungen mit der Finanzkommission des Landtags;
- Unterstützung der Amtsstellen in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Fragen;
- Mitwirkung im Anlageausschuss für die Bewirtschaftung der staatlichen Reserven;
- Aufarbeitung der Voranschläge der Gemeinden zuhanden der Regierung als Aufsichtsorgan;
- Berechnung der für den Finanzausgleich an die Gemeinden notwendigen Faktoren anhand der Jahresrechnungen der Gemeinden.

### Schwerpunkte der Tätigkeit 2006

**Verwaltungsinterne Projekte**
- Erarbeitung eines Reformvorschlags für das Finanzzuweisungssystem vom Land zu den Gemeinden;
- Weiterentwicklung des Finanzhaushaltsrechts des Landes;
- Konzepterarbeitung und Umsetzung eines politischen Beteiligungscontrollings für die Regierung;
- Mitarbeit im Projekt «Konsolidierungsvertrag LKW/LTN»;
- Teilprojekte «Budgetierung» und «Kosten-/Leistungsrechnung» im Rahmen eines umfangreichen Updates des zentralen Finanzsystems;
- Projektstart zum Aufbau eines Kosten-/Leistungsrechnungssystems für die Landesverwaltung;
- Mitarbeit im Lenkungsausschuss des Projekts «Revision der Lehrerbesoldung»;
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Berufliche Weiterbildung»;
- Mitarbeit im Projekt zur Konzeption einer Anlagenbuchhaltung für das Land;
- Mitarbeit in einem Projekt zur Vereinheitlichung der Kontierungspraxis der Gemeinden.

**Finanzbeziehungen zur Schweiz**
- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/Liechtenstein betreffend LSVA;
- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/Liechtenstein betreffend Mehrwertsteuer.

## Stabsstelle Financial Intelligence Unit

**Stabsstellenleiter: René Brülhart**

*Die FIU hat im Jahr 2006 ihre Bemühungen der letzten Jahre in Bezug auf eine nachhaltige Aufsetzung eines präventiven Abwehrdispositivs bei der Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung weiter ausgebaut. Die Aktivitäten auf nationaler Ebene, insbesondere die Früherkennung und damit verbunden der direkte Kontakt mit den Finanzinstituten konnte grundsätzlich verstärkt werden. Im internationalen Bereich hat die FIU mittlerweile eine starke Verwurzelung erfahren, welche einerseits in der Wahrnehmung von zahlreichen Expertentätigkeiten im Bereich der Bekämpfung von Geldwäscherei und Finanzierung des Terrorismus durch die Leitung der FIU zum Ausdruck kommt. Andererseits hat die FIU verschiedene Mandate zur Unterstützung von Initiativen wie der Aufbau von nationalen FIUs (Indien, Kirgistan) übernommen, welche es erlauben, einen aktiven Beitrag Liechtensteins im Rahmen der weltweiten Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung zu leisten.*

*Die erneute Abnahme im Meldebereich von über 15 % im Vergleich zum Vorjahr (2006: 163 Verdachtsmitteilungen; 2005: 193 Verdachtsmitteilungen) ist einerseits auf eine Verbesserung des präventiven Abwehrdispositivs zurückzuführen, wobei der Sensibilisierungsprozess, insbesondere im Treuhandsektor, nicht als abgeschlossen betrachtet werden darf und andererseits auf die Tatsache, dass im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr keine grösseren Fallkomplexe den Finanzplatz tangiert haben. Erfreulich ist, dass von den insgesamt erstatteten 163 Verdachtsmitteilungen mehr als zwei Drittel auf der Arbeit der internen Compliance der Finanzintermediäre beruhen, was auf ein funktionierendes präventives Abwehrdispositiv schliessen lässt.*

## Personal und Organisation

Im Jahre 2006 arbeiteten sechs Mitarbeiter in folgenden Funktionen bei der FIU:
– Leitung
– Strategische Analyse (Stellv. Leitung)
– Voranalyse/Operative Analyse
– Operative Analyse
– Operative Analyse / IT
– Sekretariat
Diese Struktur hat sich bewährt. Ein detaillierter Workflow, der die einzelnen Schritte der Analyse einer Verdachtsmitteilung beschreibt, ergänzt diese Organisation und die entsprechenden Stellenbeschreibungen.

Seit dem 1. August 2003 ist ein ehemaliger Lehrling bis vorerst Ende 2008 befristet angestellt. Diese befristete Anstellung erlaubte einerseits die gezielte Förderung von jungen Liechtensteinern und andererseits eine Verbesserung der Performance der FIU im Bereich der Operativen Analyse und der Voranalyse. Zudem trägt diese Anstellung sehr stark zur IT-Sicherheit der FIU bei.

Die Ausweitung der Funktionen der FIU (wie die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung oder im Zusammenhang mit dem Marktmissbrauchsgesetz sowie die geplanten Neukompetenzen im Bereich der Wirtschaftssanktionen) haben direkte Auswirkungen auf die personellen Resourcen und die für eine erfolgreiche Umsetzung notwendigen IT-Lösungen. Diesbezüglich werden adäquate Anpassungen vorzunehmen sein.

## Tätigkeiten der FIU

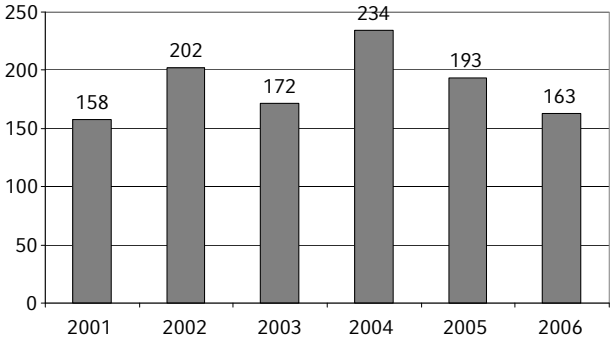
Die FIU bearbeitet schwergewichtig die folgenden Kernbereiche:
– die Entgegennahme und Auswertung der Mitteilungen der Finanzintermediäre gemäss Art. 16 und Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes;
– die Beschaffung von Informationen, die für das Erkennen von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei, Organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung notwendig sind.

Weitere Kernaufgaben sind die Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung, die internationale Zusammenarbeit sowie die Leitung von nationalen Arbeitsgruppen.

**a) Entgegennahme und Auswertung der Verdachtsmitteilungen der Finanz-intermediäre gemäss Art. 16 und Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes**

Im Berichtsjahr hat die Anzahl Verdachtsmitteilungen an die FIU abgenommen. Es wurden insgesamt 163 Mitteilungen erstattet. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um 15.5%.

**Vergleich 2001–2006**



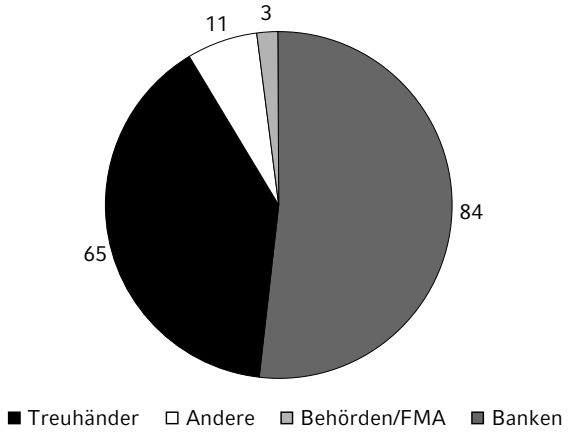

Die Ursachen für die jährlichen Schwankungen sind vielfältigen Ursprungs. Einerseits sind sie statistischer Natur, wonach sich wenige umfangreiche Fallkomplexe, die diverse Finanzintermediäre tangieren können, entsprechend auf das Gesamtbild auswirken. Andererseits haben neben Art und Umfang der internen Erhebungen der Finanzintermediäre (interne Compliance) auch die vom Ausland eingehenden Rechtshilfeersuchen und die im Inland eröffneten Strafverfahren direkte Auswirkungen auf die Anzahl Verdachtsmitteilungen. Im Jahr 2006 sind in absoluten Zahlen leicht mehr Verdachtsmitteilungen aufgrund von interner Compliance erstattet worden wie im Vorjahr. Abgenommen haben Verdachtsmitteilungen, die aufgrund von Inlandverfahren oder Rechtshilfeersuchen erstattet wurden.

Die Durchführung von Evaluationsgesprächen als präventives Element im Rahmen der Bekämpfung von Geldwäscherei und Finanzierung des Terrorismus ist in der Praxis weit verankert und trägt u. a. zur Verbesserung der Qualität der Meldetätigkeit bei.

Von den insgesamt 163 eingegangenen Verdachtsmitteilungen wurden 113 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Banken und Treuhänder waren im Jahr 2006 für knapp 92 % der erstatteten Verdachtsmitteilungen verantwortlich. Insbesondere die Entwicklung bei den Banken zeigt, dass der eingeleitete Sensibilisierungsprozess weit verankert ist.

**Jahresstatistik**




Weitere Details und Analysen zur Tätigkeit der FIU sind dem Jahresbericht 2006 zu entnehmen.

**b) Informationsbeschaffung**

Die Beschaffung von Informationen ist für die FIU zur Erfüllung ihres Auftrages essentiell. Die FIU kann sich einerseits Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen (dies sind insbesondere Wirtschaftsdatenbanken wie Lexis Nexis oder Reuters bzw. Fachpublikationen wie le monde de renseignement, International Enforcement Law Reporter, Kriminalistik) und andererseits aus nicht öffentlichen Quellen beschaffen. Bei den letzteren stehen im Vordergrund die Abfrage von Registern und Datenbanken der Landesverwaltung, die Anfrage bei anderen FIUs, die Amtshilfe sowie die Durchführung von Evaluationsgesprächen mit Finanzintermediären. Zudem werden der FIU diejenigen Rechtshilfegesuche sowie Gerichtsbeschlüsse (Beschlagnahmung, Hausdurchsuchung, Vermögenssperre) zur Verfügung gestellt, die im Zusammenhang mit Delikten der Geldwäscherei oder Organisierten Kriminalität gestellt werden bzw. ergangen sind. Wie im Vorjahr kam im Berichtsjahr der Informationsbeschaffung in Bezug auf die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus grosse Bedeutung zu. Die Informationsbeschaffung ist ein zentrales Element beim Erkennen von potentiellen Missbrauchshandlungen auf dem Finanzplatz Liechtenstein. Diesbezüglich wurde die internationale Zusammenarbeit im Jahre 2006 weiter ausgebaut.

## Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Die Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere dessen Finanzierung, ist zu einem festen und wichtigen Bestandteil im Tätigkeitsfeld der FIU geworden. Im Jahr 2006 haben wie im Vorjahr zahlreiche Aktivitäten in diesem Bereich, insbesondere auf operativer Ebene, stattgefunden. Im Zentrum dieser Handlungen standen die Verarbeitung von Anfragen und die Vornahme von Abklärungen für in- und ausländische Stellen. Die FIU hatte in diesem Rahmen meistens Anmerkungen, Informationen und Lösungsansätze zu formulieren, ob gewisse Vermögenswerte zum Umfeld von terroristischen Vereinigungen zu zählen oder ob bestimmte Personen terroristischen Vereinigungen zuzuordnen sind. Die nationale Koordination aller behördlichen Aktivitäten in diesem Bereich (Arbeitsgruppe Bekämpfung Terrorismusfinanzierung) wird durch die FIU vorgenommen. Auf internationaler Ebene wurde die Zusammenarbeit mit dem Counter-Terrorism-Committee (CTC) der UNO weiter geführt, wobei auch der Aspekt der Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere in Bezug auf die Listenproblematik, mehr und mehr an Gewicht gewinnt und Liechtenstein sich diesbezüglich auch entsprechend positioniert.

## Internationale Zusammenarbeit

| | |
|---|---|
| 23. – 27.01. | Arbeitsbesuch Washington/NY |
| 09. – 11.02. | EGMONT Transitional Sub-Committee, London |
| 13. – 17.03. | EGMONT Working Group Meetings, Kairo |
| 02. – 05.04. | Aufbau FIU Indien, Delhi |
| 24. – 25.04. | 2.Int. Anti-Geldwäsche-Tagung, München |
| 10. – 11.05. | EU-FIU Platform, Brüssel |
| 14. – 17.05. | Seminar on Financial Services and Corporate Vehicles, Berlin |
| 17. – 20.05. | EGMONT Committee, Bangkok |
| 31.05. – 02.06. | Wolfsberg Forum, Wolfsberg |
| 10. – 16.06. | EGMONT Group Plenary, Limassol |
| 27.6. | European Banking Forum, Brüssel |
| 26. – 28.06. | Arbeitsbesuch FIU Rumänien, Bukarest |
| 03. – 04.07. | Plenarversammlung MONEYVAL, Strasbourg |
| 24. – 25.08. | Premeeting MONEYVAL, Strasbourg |
| 05. – 09.09. | Arbeitsbesuch Washington |
| 11. – 13.09. | Plenarversammlung MONEYVAL, Strasbourg |
| 09. – 11.10. | Plenarversammlung FATF, Vancouver |
| 11. – 13.10. | Arbeitsbesuch Washington/NY |
| 07. – 10.11. | EGMONT Working Group Meetings, Warschau |
| 27. – 30.10. | Typologies Working Group Meeting FATF, Shanghai |
| 27. – 30.11. | Plenarversammlung MONEYVAL, Strasbourg |

Die Egmont Group ist der weltweite Zusammenschluss von nationalen Financial Intelligence Units. Sie umfasst zurzeit 101 nationale Financial Intelligence Units (Stand Dezember 2006). Die Egmont Group ist ein Forum zur Unterstützung der nationalen Programme in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Diese Unterstützung besteht insbesondere in der Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen den nationalen Financial Intelligence Units. Die FIU ist seit Juni 2001 Mitglied der Egmont Group.

MONEYVAL ist das Expertenkomitee des Europarates für die Evaluierung von Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Es überprüft seine Mitgliedsstaaten, die nicht Mitglied der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) sind, ob diese ihre nationalen Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Lichte der Konvention gegen Geldwäscherei aus dem Jahre 1990 und der 40 Empfehlungen der FATF ausgerichtet haben. Zudem werden die Mitgliedsländer hinsichtlich der 9 Spezialempfehlungen der FATF zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus überprüft.

### Arbeitsgruppen

**Koordinationsgruppe Terrorismusfinanzierung**
Im Berichtsjahr hat eine Sitzung stattgefunden.

**Arbeitsgruppe Sanktionengesetz**
Die FIU ist gemäss Beschluss der Regierung vom 14. Februar 2006 mit der Leitung der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Wirtschaftsmassnahmengesetzes betraut worden. Der Entwurf des Vernehmlassungsberichtes wurde mit Antrag vom 7. Dezember 2006 zugestellt.

**Arbeitsgruppe Vermittlung von Kriegsmaterial**
Die FIU ist gemäss Beschluss der Regierung vom 15. November 2006 mit der Leitung der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Regelung der Vermittlungstätigkeit von Kriegsmaterial betraut worden.

### Informatik-Lösung

Für die Bearbeitung der Fallinformationen setzt die FIU seit 2001 Financial Investigation Tools ein. Für die administrative Verwaltung der Fälle steht eine ständig fortentwickelte Individual-Softwarelösung zur Verfügung. Zurzeit wird eine Neubeurteilung der bestehenden IT-Lösung vorgenommen.

### Ausbildung

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung fand ein Fachbesuch von zwei Mitarbeitern bei der FIU Rumänien statt.

# KOMMISSIONEN

## Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht

**Präsident: Dr. iur. Stefan Wenaweser**

Die Beschwerdekommission der Finanzmarktaufsicht (FMA-BK) hat im Berichtsjahr 5 Sitzungen abgehalten.

### Aufgaben

Gemäss Gesetz vom 18. Juni 2004 über die Finanzmarktaufsicht (FMAG), LGBl. 2004 Nr. 175, hat die FMA-BK die Aufgabe, über Beschwerden gegen anfechtbare Entscheidungen und Verfügungen der FMA zu entscheiden. Der Tätigkeitsbereich der FMA-BK ist sohin analog zum Aufgabenbereich der FMA gemäss Art. 5 FMAG.
Arbeitsschwerpunkte

Im Berichtsjahr sind insgesamt 6 Beschwerdefälle bei der FMA-BK eingelangt. Die letzten drei Beschwerden (FMA-BK 2006/4 bis FMA-BK 2006/6), welche eine Amtshilfeangelegenheit betreffen, sind erst am 21. November 2006 eingelangt und konnten daher im Berichtsjahr keiner Erledigung zugeführt werden.
Die Gegenstände der erledigten Beschwerdefälle lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Amtshilfe gemäss Art. 36 Bankengesetz (FMA-BK 2006/1, FMA-BK 2006/2 und FMA-BK 2006/4 bis FMA-BK 2006/6)
- Anordnung einer Sonderprüfung gemäss SPG (FMA-BK 2006/3).

## Liechtensteinische Landessteuerkommission

**Präsident: Dr. iur. Christian Gstöhl**

*Im Laufe des Geschäftsjahres 2006 gelangten drei Fälle aus dem Geschäftsjahr 2003 wegen Zurückverweisung durch den Verwaltungsgerichtshof erneut zur Beurteilung durch die Liechtensteinische Landessteuerkommission. Ebenso gelangte eine Beschwerdesache aus dem Geschäftsjahr 2004 zur Beurteilung, die die Liechtensteinische Landessteuerkommission damals fälschlicherweise als seitens der Liechtensteinischen Steuerverwaltung erledigt erachtete.*

*Die per 1. Januar 2006 insgesamt noch 7 pendenten Beschwerdesachen aus dem Geschäftsjahr 2005 sind mit Ausnahme von einer einzigen erledigt. Diese Beschwerdesache blieb unentschieden, da in einem ähnlich gelagerten Fall noch auf ein Urteil des schweizerischen Bundesgerichts zu warten war, welches für diesen Mehrwertsteuerfall teilpräjudizielle Wirkung haben wird.*

*Im Laufe des Geschäftsjahres 2006 gingen bei der Liechtensteinischen Landessteuerkommission insgesamt 9 neue Fälle ein, wovon 6 Beschwerdesachen erledigt und 3 mangels Spruchreife nicht entschieden werden konnten.*